



Flossbach von Storch  
RESEARCH INSTITUTE

WIRTSCHAFT & POLITIK 09/10/2023

# **Polarisierung durch Problemverschleppung der Migrationsfrage**

von NORBERT F.TOFALL

## Zusammenfassung

In Deutschland hat man sich jahrelang einer rationalen Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik verweigert. Durch die Wahlergebnisse in Bayern und Hessen ist ein Herausreden nun nicht mehr möglich.

## Abstract

For years, Germany has refused to adopt a rational asylum, refugee and immigration policy. The election results in Bavaria and Hesse mean that it is no longer possible to make excuses.



## I.

Die Ergebnisse der gestrigen Landtagswahlen in Bayern und Hessen bestätigen einen schon sich länger entwickelnden Umbruch des deutschen Parteiensystems, wie er in den letzten Jahren auch in fast allen westlichen Ländern beobachtbar war. Die ungebremste und unregelte Zuwanderung stärkt vor allem Parteien am rechten Rand.

Diese Polarisierung durch Problemverschleppung der Migrationsfrage ist zwar keine deutsche Besonderheit, - Deutschland hinkte anderen westlichen Ländern sogar deutlich hinterher -, aber anstatt aus den Fehlern der anderen Länder zu lernen, verschlossen sich die etablierten Parteien in Deutschland trotz jahrelang einer rationalen Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Einwanderung von notwendigen Fachkräften und Leistungsträgern fand kaum statt. Einwanderung in die Sozialsysteme boomte. Ab 2015 gelang es Bundeskanzlerin Angela Merkel durch ihre „Wir-schaffen-das“-Politik sogar, die sich eigentlich schon in selbstzerfleischender Auflösung befindende AfD wiederzubeleben, so daß die AfD 2017 in den Deutschen Bundestag einzog.

Obwohl seitdem die rechtsextremen Kräfte innerhalb der AfD zunehmend Gewicht erhielten und die gemäßigten Kräfte einschließlich der Parteivorsitzenden Frauke Petry und Jörg Meuthen die Partei verließen, hat sich die AfD inzwischen in den deutschen Parlamenten etabliert. Die gestrigen Wahlergebnisse für die AfD in Bayern (14,6 Prozent und damit drittstärkste Partei) und Hessen (18,4 Prozent und damit zweitstärkste Partei) sind eindeutig. Ein Herausreden und ein Verweis auf ostdeutsche Besonderheiten, wie bislang von den eigentlichen Problemverschleppern immer angeführt, ist damit nicht mehr möglich. Die Polarisierung durch Problemverschleppung der Migrationsfrage ist mittlerweile so stark, daß in Landtagswahlen Landespolitik nur noch eine untergeordnete Rolle spielt und Bundespolitik wie die Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik alle anderen Fragen dominiert.

Daß angesichts der starken rechtsextremen Kräfte innerhalb der AfD (noch) keine andere Partei mit der AfD koalieren will, ist richtig, aber auf Dauer nur dann ansatzweise durchzuhalten, wenn die anderen Parteien die Problemverschleppung der Migrationsfrage schnell und wirksam beenden. Bundeskanzler Olaf Scholz wäre deshalb gut beraten, das Angebot von Oppositionsführer Friedrich Merz anzunehmen, um gemeinsam die ungebremste und unregelte Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme schnell und wirksam zu begrenzen. Aber selbst falls das gelingen sollte, was im Moment fraglich ist, heißt das nicht, daß die AfD aus den deutschen Parlamenten verschwindet oder auch nur erhebliche Verluste zeitigen muß. Die gesellschaftliche Lage in Deutschland könnte bereits in einem Maße verändert sein, daß viele Menschen, die ursprünglich nur AfD-Protestwähler waren, nicht mehr zurückgewonnen werden können.



## II.

Wir hatten in den letzten Jahren immer wieder argumentiert, daß die Polarisierung in den westlichen Gesellschaften primär durch ökonomische und politische Problemverschleppung verursacht wurde und daß sich die Polarisierung dann erheblich verringern dürfte, wenn diese ökonomischen und politischen Problemverschleppungen beendet werden.

Wie die bisherige Amtszeit von US-Präsident Joe Biden beispielhaft zeigt, ist das jedoch leichter gesagt als getan. Joe Biden ist es bislang nicht ansatzweise gelungen, die politische und gesellschaftliche Polarisierung in den USA zu vermindern. Das liegt zum einen an seinem wirtschaftspolitischen Programm, in welchem die einen bereits den Sozialismus am Werk sehen und welches anderen längst nicht weit genug geht. Zum anderen liegt es jedoch auch an den kulturkämpferischen Frontstellungen in den USA, die durch das Stichwort Identitätspolitik gekennzeichnet werden können. Und diese kulturkämpferische Frontstellung wirkt zurück auf die Wirtschaftspolitik. Denn die kulturkämpferischen Frontstellungen verhindern die Formulierung eines wirtschaftspolitischen Programmes, das über die Parteigrenzen hinweg hinreichend Zustimmung erhalten könnte und zudem auch inhaltlich geeignet sein muß, die ökonomischen Problemverschleppungen zu beenden.

Dieser Zusammenhang zwischen kulturkämpferischer gesellschaftlicher Frontstellung und wirtschaftspolitischem Programm – oder kurz: zwischen Kulturkampf und Ökonomik – bildet auch in vielen anderen westlichen Gesellschaften die existenzgefährdende Melange, welche die Polarisierung durch Problemverschleppung versteigt und steigert.

Für mögliche zukünftige Mehrheiten, um in Deutschland marktwirtschaftliche Reformen zur Steigerung der Produktivität zu beschließen, verheißt das nichts Gutes. Zudem könnte von weiteren Problemverschleppungen im ökonomischen Bereich abermals die AfD profitieren.

Im AfD-Programm findet man durchaus eine auffällige marktwirtschaftliche Rhetorik, die einerseits auf die AfD-Gründungsphase durch wirtschaftsliberale Professoren zurückzuführen ist. Andererseits dient diese marktwirtschaftliche Rhetorik der AfD dazu, sich gegen den interventionistischen Mainstream der meisten anderen Parteien abzuheben. In Frankreich hatte das Jean-Marie Le Pen jahrelang mit seinem Front Nationale vorexerziert. Aber erst Jean-Marie Le Pens Tochter, Marine Le Pen, hat unter anderem deshalb große Wahlerfolge erringen können, weil sie sich – ohne mit der Wimper zu zucken – von diesen marktwirtschaftlichen Positionen löste. Da Björn Höcke und seine Anhänger letztlich einen ökonomischen (nationalen) Sozialismus verfolgen und da Höcke und seine Anhänger innerhalb der AfD das maßgebliche Gewicht darstellen, ist die marktwirtschaftliche Rhetorik im AfD-



Programm nichts anderes als ein strategisches und zeitlich begrenztes Vehikel im Kampf gegen das System. Und gerade deshalb sollten in Deutschland marktwirtschaftliche Reformen zur Steigerung der Produktivität nicht länger verschleppt werden.

### III.

Die weitere Problemverschleppung marktwirtschaftlicher Reformen dürfte bei Wahlen vor allem der AfD zu Gute kommen. Daß die heutige Berliner Ampel-Regierung zu solchen Reformen noch in der Lage ist, muß leider stark bezweifelt werden. Wahrscheinlicher ist, daß identitätspolitischer Kulturkampf und Staatsinterventionismus auch in Deutschland den rechten politischen Rand weiter stärken werden. Insofern konvergiert Deutschland zeitverzögert mit anderen großen Ländern Europas. In Italien regiert schon eine rechts-konservative Premierministerin. In Frankreich läuft sich eine rechts-konservative Anwärterin auf die Präsidentschaft warm. Mit dem Verblässen der Ampel ändert sich auch in Deutschland die politische Landschaft.

Aber vielleicht können sich in Deutschland auf Bundesebene die Freien Wähler eine machtrelevante Position erarbeiten, so daß auf Bundesebene eine Koalition aus CDU/CSU, Freien Wählern und FDP möglich wird, eine bürgerliche Koalition, die marktwirtschaftliche Reformen konsequent umsetzt. Das setzt aber voraus, daß die FDP die Ampel überlebt. Die FDP hatte 1969 und 1982 den Mut zur Wende. Von 2009 bis 2013 unter Angela Merkel fehlte der FDP dieser Mut, so daß sie 2013 vom Wähler „einfach, niedrig und gerecht“ aus dem Bundestag geworfen wurde. Wenn Christian Lindner jetzt nicht springt, könnte das bei der nächsten Bundestagswahl wieder der Fall sein. Ob dann die Schwüre der Union halten, nie mit der AfD zusammenarbeiten zu wollen, darf bezweifelt werden.



## RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

**Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG**

© 2023 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

## IMPRESSUM

*Herausgeber* Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, [research@fvsag.com](mailto:research@fvsag.com); *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, [www.bafin.de](http://www.bafin.de); *Autor* Norbert F. Tofall *Redaktionsschluss* 09. Oktober 2023